Zusammenstellung

der Kleinen Anfragen für die Fragestunde
der Stadtverordnetenversammlung am 20. Mai 2022

01. Frage des Stadtverordneten Marco Nezi
Fraktion B90/Die Grünen

Kann der Magistrat sich dafür einsetzen, dass im Bereich der Ockershäuser Allee die Sensibilität im Straßenverkehr für die unterschiedlichen Nutzer*innen erhöht werden kann, etwa durch das Anbringen von Verkehrsschildern oder die Markierung von Hinweisen auf dem Straßenbelag (im Bereich Seniorenresidenz Ars Vivendi, Waldorfschule, Friedhof), um die Sicherheit insbesondere von älteren Menschen und Kindern zu erhöhen und die immer wieder zu beobachtende Missachtung der Tempo-30-Regelung einzufordern (eine permanente Geschwindigkeitsanzeige wäre hier sicher sinnvoller als nur eine temporäre, die einige Wochen 2021 im Bereich der Bushaltestelle Taubenweg angebracht wurde)

02. Frage des Stadtverordneten Winfried Kissel
CDU/FDP-Fraktion

Plant der Magistrat die Instandsetzung der Ginseldorfer Grillhütte, wenn ja, was ist konkret geplant und wie ist die Zeitplanung?

03. Frage der Stadtverordneten Myriam Hövel
SPD-Fraktion

Kann der Magistrat bitte Auskunft über den Wegfall der Altpapiertonnen am Marbacher Bürgerhaus geben.

04. Frage der Stadtverordneten Myriam Hövel
SPD-Fraktion

Der Magistrat möge bitte Auskunft über die defekte Ampelanlage an der der „Brunnenstraße“/ Ecke „Engelsberg“/ Ecke „Auf der Hube“ in der Marbach geben.

05. Frage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo
Fraktion B90/Die Grünen

Kann der Magistrat Auskunft geben, warum er mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Gesundheitsamt am Freitag, 29. April 2022, 12:00 Uhr – 15:00 Uhr, im TTZ die Veranstaltung "Städte und gesundheitliche Versorgung - Wo stehen wir im dritten Jahr der Corona-Pandemie?“ durchführt und dabei weder die Hausärzte, die immerhin 80% der COVID Patienten behandeln, dazu Hausbesuche machen, Impfungen und PCR Tests durchführen, noch die besonders belasteten Mitarbeiterinnen und Pflegekräfte einbezogen sind?

06. Frage der Stadtverordneten Karen von Rüden
Fraktion B90/Die Grünen

Liegen der Verwaltung Beschwerden bezüglich fehlender Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude/ Einrichtungen vor? Wenn ja, welche Gebäude sind betroffen?

07. Frage der Stadtverordneten Karen von Rüden
Fraktion B90/Die Grünen

Wie weit vorangeschritten ist der barrierefreie Umbau des ÖPNV in Marburg? Wie hoch ist der Anteil der nicht barrierefreien Haltestellen?

08. Frage der Stadtverordneten Karin Schaffner
CDU/FDP-Fraktion

Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, in welchen Gremien die probeweise Einführung des Rufbusses für die Anbindung des Marburger Westens an die Pharmastandorte besprochen und beschlossen wurde?

09. Frage des Stadtverordneten Winfried Kissel
CDU/FDP-Fraktion

Hat der Oberbürgermeister bei seinem Termin mit dem türkischen Generalkonsul Erdem Tuncer die Themen: Menschenrechte, Religionsfreiheiten und die Frauenrechte in der Türkei angesprochen? Aus der Presse war dieses nicht zu entnehmen.

10. Frage der Stadtverordneten Birgit von Bargen
CDU/FDP-Fraktion

Wie ist der Sachstand in Bezug auf die Umgestaltung des Parkplatzes an der Schützenstraße/Ortenbergsteg vor der ehemaligen Eisdiele und besteht eine Möglichkeit, die asphaltierte Fläche auf dem Sportplatz der Käthe-Kollwitz-Schule wegen wegfallender Parkplätze unter Umständen in die Umgestaltung miteinzubeziehen?

11. Frage der Stadtverordneten Birgit von Bargen
CDU/FDP-Fraktion

Die Studien- und Lebensgemeinschaft Tabor hat den Eltern und Erziehungsberechtigten, die ihre Kinder im Kindergarten Tabor am Ortenberg betreuen lassen, mitgeteilt, dass der Betrieb des Kindergartens im Sommer 2022 eingestellt wird. Den Erzieherinnen wurde gekündigt, neue Anmeldungen werden nicht mehr entgegengenommen. Ist dies der Stadt bekannt und gibt es Bemühungen seitens der Stadt, einen neuen Träger für den Kindergarten zu finden, um seine Schließung zu verhindern?"

12. Frage der Stadtverordneten Jelena Noe
CDU/FDP-Fraktion

Wie ist der Sachstand bezüglich Um-/Neubau der Obdachlosen-Notunterkunft und der Tagesaufenthaltsstätte an der Gisselberger Straße? Was ist genau geplant in welchem Zeitrahmen?

13. Frage des Stadtverordneten Dirk Bamberger
CDU/FDP-Fraktion

Nach welchen Kriterien werden Institutionen, Verlage und Journalisten im Presseverteiler der Stadt Marburg berücksichtigt?

14. Frage des Stadtverordneten Marco Nezi
Fraktion B90/Die Grünen

Wie stellt der Magistrat sicher, dass der Feldweg zwischen Cappel und Gisselberg, der lediglich für den landwirtschaftlichen Verkehr motorisiert nutzbar ist, nicht als „Schleichweg" für PKW genutzt wird, wenn punktuelle Kontrollen und die Beschilderung offenbar nicht ausreichen? Wie kann in diesem Bereich insbesondere die individuelle Sicherheit von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sowie Menschen, die Sport treiben (z.B. joggen oder Inline-Skater fahren) gewährleistet werden, wenn diese grundsätzlich nicht von Verkehrsbehinderungen ausgehen, aber dennoch durch plötzlich vorbeifahrende PKW in Gefahr gebracht werden?

15. Frage des Stadtverordneten Matthias Pozzi
AfD

In der Unistrasse sind um neugepflanzte Bäume hochwertige Stahlkäfige, wohl aus Schutzgründen, verbaut worden. Was kostete diese Maßnahme insgesamt?

16. Frage des Stadtverordneten Matthias Pozzi
AfD

Die im April durchgeführten Kontrollen in Shisha Bars ergaben ein desaströses Ergebnis, was Gesundheit und rechtskonformes Handeln anlangt. Wie will die Stadt auf dieses Verhalten künftig reagieren bzgl. Neugenehmigungen, Verlängerung der Konzession und gesundheitlicher und gefahrenabwehrender Auflagen? Wird es hier entsprechende Anpassungen / Verschärfungen im Genehmigungsprocedere geben ?

17. Frage des Stadtverordneten Michael Selinka
CDU/FDP-Fraktion

Wie viele Tische sind für die Veranstaltung „Tischlein deck Dich" auf der B3 an Pfingsten im Rahmen von Marburg800 an welche Organisationen, Vereine und Gruppen (bitte aufschlüsseln) vergeben worden?

18. Frage des Stadtverordneten Roland Böhm
Fraktion Marburger Linke

Welche Haltung nimmt der Magistrat der Universitätsstadt Marburg zu inzwischen gescheiterten Plänen des Direktors der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) Dr. Jehn ein, ausgerechnet die Grablegung des Antidemokraten und Monarchisten Hindenburg in der Elisabethkirche als einen „Positiven Ort der Demokratiegeschichte in Hessen" einzuordnen?

19. Frage der Stadtverordneten Inge Sturm
Fraktion Marburger Linke

Baruch Strauß bot 1938 nach Anzündung der Synagoge und dem unerhörten Judenpogrom in Marburg, die Bildersammlung seiner Söhne, die zwischenzeitlich in die Emigration nach Holland gegangen waren, dem Universitätsmuseum in Marburg zum Kauf an. Die Universität lehnte ab weil sie keine Kunst von Juden kaufte. Kann die Stadt dem ursprünglichen Wunsch, der aus der Not handelnden Familie Baruch Strauß, noch nachträglich nachkommen oder auch die rechtmäßigen Erben ausfindig machen um zu überlegen was mit den Bildern geschehen soll ?
Quelle: Bernd Küster "Carl Bantzer" Hitzeroth Verlag

20. Frage der Stadtverordneten Inge Sturm
Fraktion Marburger Linke

Falls die Stadt Marburg rechtmäßige Besitzerin der Bildersammlung der Familie Baruch Strauß ist, gibt es darüber Urkunden oder gar Verträge oder ähnlich schriftliches, öffentlich einsehbar?

21. Frage der Stadtverordneten Isabella Aberle
Fraktion Klimaliste Marburg

Hintergrund:
Gebäudebewohnende Tiere, wie bestimmte Fledermaus- und Vogelarten, haben sich an das Zusammenleben mit uns Menschen angepasst und nicht wenige von ihnen sind in Rückgang begriffen. Sie sind auf Nistplätze und Verstecke an Gebäuden angewiesen, weshalb ihr Vorkommen unmittelbar davon abhängt, ob wir ihnen Platz an diesen einräumen.

Moderne Bauweisen zeichnen sich aber häufig durch glatte Fassaden und einen Mangel an Nischen aus, so dass die Ansiedlung von gebäudebrütenden Vogelarten und Fledermäusen von vornherein ausgeschlossen ist. Mit einfachen Mitteln lassen sich Nistplätze schaffen, die den artspezifischen Anforderungen verschiedener gebäudebewohnender Tierarten gerecht werden und sich gleichzeitig gut in das Gesamtbild des Neubaus einfügen. Nach §9 (1) des BauGB ist dies im Rahmen von Bebauungsplänen durch festgelegte „*… Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“* prinzipiell möglich.

Auch bei Sanierungen von Gebäuden, insbesondere bei solchen mit Schieferverkleidung u. ä., Fachwerkhäusern und älteren Gebäuden mit vielen Spalten und ungedämmten Dachböden können Brutnischen oder Quartiere bei Sanierungen verloren gehen. Hier muss Ersatz geschaffen werden da Fortpflanzungs- und Ruhestätten von bspw. Vogel- und Fledermausarten gesetzlich geschützt sind.

Frage:
Bei welchen der in den letzten drei Jahren im Rahmen der Bauleitplanung der Stadt Marburg aufgestellten bzw. geänderten Bebauungsplänen wurden artspezifische bzw. artengruppenbezogene Nisthilfen für gebäudebrütende Tiere, insbesondere in Bezug auf Vögel und Fledermäuse implementiert? Bitte nach Bebauungsplan und berücksichtigter Art bzw. Artengruppe auflisten.

22. Frage der Stadtverordneten Isabella Aberle
Fraktion Klimaliste Marburg

Anschließend an Frage Nr. 21:

Wie oft wurden bei den der Verwaltung bekannt gewordenen Gebäudesanierungen im Jahr 2021 (und soweit schon bekannt im Jahr 2022) anteilig und insgesamt vorhandene gesetzlich geschützte Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vogel- und Fledermausarten a) erhalten, oder durch Ersatzmaßnahmen b) entweder temporär während der Fortpflanzungszeit oder c) dauerhaft ersetzt?

23. Frage des Stadtverordneten Maik Schöniger
Fraktion Klimaliste Marburg

In welchem Stadium befinden sich die einzelnen Maßnahmen des Radverkehrsplan? Bitte einordnen nach „vollständig umgesetzt“, „in Umsetzung“ und „Umsetzung noch nicht begonnen“.

24. Frage des Stadtverordneten Maik Schöniger
Fraktion Klimaliste Marburg

Hintergrund:
Im Jahr 2017 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat zu beauftragen, einen Entwurf für die Satzung zum Informationsfreiheitsgesetz vorzulegen (VO/5836/2017). Diese Maßnahme ist besonders wichtig zur Stärkung der Bürger*innenbeteiligung und allgemeinen Transparenz städtischen Handelns.

Frage:
Wann kann mit der Vorlage gegenüber der Stadtverordnetenversammlung gerechnet werden?

25. Frage der Stadtverordneten Renate Bastian
Fraktion Marburger Linke

Beabsichtigt der Magistrat, die zum Teil über zehn Jahre alten Rahmenplanungen für einzelne Stadtteile zu bilanzieren und sie auch im Hinblick auf die akuten Erfordernisse des Klimaschutzes weiterzuentwickeln beziehungsweise neu zu erstellen?

26. Frage der Stadtverordneten Renate Bastian
Fraktion Marburger Linke

Wann wird der Magistrat die Zusagen umsetzen, die Toilettenanlage im Ockershäuser Friedhof am Wiesenweg zu erneuern und die Umgebung der Urnenwand würdevoll zu gestalten?

27. Frage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, welche Nachnutzung des weggefallenen mobilen 5. Gebäudes in holzbauweise am Standort des Flüchtlingsareals/ Cappel geplant ist und an welchem Standort?

28. Frage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte Auskunft erteilen, wann mit dem längst überfälligen Neubau (geschlossen seit 2019) der KiTa Goldbergstraße in Cappel begonnen wird und ob die Unterbringung seither in einem Provisorium dem städtischen Anspruch pädagogischer Konzepte und Arbeitsbedingungen entspricht?

Der Magistrat Marburg, 10.05.2022

Frau Stadtverordnete
Dr. Christa Perabo

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. der derzeitigen Situation von wohnungslosen und obdachlosen Menschen in Marburg und der Hilfeleistungen, die die Stadt für sie bereit hält
VO/0620/2022

Sehr geehrte Frau Dr. Perabo,

in der Anlage übersenden wir die Antwort auf die o.g. Große Anfrage. Der Antwort hat der Magistrat in seiner Sitzung am 09.05.2022 zugestimmt.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Kirsten Dinnebier.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Stellungnahme	Vorlagen-Nr.:	VO/0620/2022-1
	Status:	nichtöffentlich
	Datum:	06.04.2022
Dezernat:	III	
Fachdienst:	FB 4 Soziales und Wohnen	
Sachbearbeitung:	Meier, Monique; Mösbauer, Gabriele	

Beratungsfolge		
Gremium:	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	nichtöffentlich

Stellungnahme zur Großen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. der derzeitigen Situation von wohnungslosen und obdachlosen Menschen in Marburg und der Hilfeleistungen, die die Stadt für sie bereit hält

Stellungnahme

1. **Wie viele wohnungslose und obdachlose Menschen leben derzeit in Marburg bzw. sind dem Magistrat bekannt?**

   Aktuell werden 14 Personen durch den Fachdienst Wohnungswesen in Obdachlosenunterkünften untergebracht, teilweise zentral und teilweise dezentral in sogenannten Probewohnungen.

2. **Wie viele davon sind Männer und wie viele sind Frauen?**

   Aktuell sind es 3 Frauen und 11 Männer.

3. **Wie viele davon sind minderjährig?**

   Davon ist keine Person minderjährig.

4. **Hat der Magistrat Kenntnis davon, wie lange diese Menschen durchschnittlich wohnungslos oder obdachlos sind?**

   Die dem Magistrat bekannten, in Obdachlosenunterkünften bzw. Probewohnungen untergebrachten, Personen sind zum Teil mehr als 5 Jahre ohne reguläres Mietverhältnis. Gerade die langjährig untergebrachten Personen sind in Probewohnungen umgezogen und werden dort von einem Sozialarbeiter betreut.

Das Ziel ist jeweils ein eigener Mietvertrag nach der Erprobungs- und Unterstützungsphase.

5. Haben sich die Zahlen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verändert?

Nein.

6. Wie viel Wohnungsräumungen hat es in den letzten drei Jahren gegeben?

Tabelle: Räumungsfälle 2013 bis 2021[1]

Jahr	Fälle[2]	Personen	Räumung durchgeführt	Obdachlosigkeit
2013	24	34	in 17 Fällen	in keinem Fall
2014	31	58	in 10 Fällen	in 2 Fällen
2015	30	46	in 15 Fällen	in 3 Fällen
2016	27	42	in 11 Fällen	in 4 Fällen
2017	37	62	in 16 Fällen	in 9 Fällen
2018	26	47	in 12 Fällen	in 2 Fällen
2019	36	20	in 13 Fällen	in 2 Fällen
2020	71	116	in 1 Fall	in 1 Fall
2021	72	105	in 9 Fällen	kein Fall bekannt[3]

Die Jahre 2020 und 2021 waren durch die Corona-Pandemie und die hiermit zusammenhängenden Entwicklungen geprägt. Die Regierung hatte Vermieter*innen darum gebeten hat, keine Kündigungen wegen Mietrückständen auszusprechen. So wurden Wohnungsräumungen von Seiten der Gerichte ausgesetzt und es sind Räumungen wegen Mietschulden verhindert worden.

Die Zahl der Räumungsklagen ist 2020 mit 71 gemeldeten Fällen (116 Personen) im

[1] Statistik des Fachbereichs Soziales und Wohnen der Universitätsstadt Marburg, Fachdienst Wohnungswesen, Obdachlosenangelegenheiten, Zusammenstellung: Sozialplanung
[2] Die Zahl der Fälle bezieht sich auf die Anzahl der Räumungsklagen. In den meisten Fällen kann eine Räumung verhindert werden und wird nicht durchgeführt.
[3] Vom Fachdienst Wohnungswesen musste kein Räumungsfall untergebracht werden, da die Personen sich selbst mit Wohnraum versorgen konnten.

Vergleich zu den Vorjahren deutlich angestiegen. Dank der Maßnahmen konnten 70 anstehende Räumungen abgewendet werden, so dass nur in einem einzigen Fall eine Räumung durchgeführt worden ist.

2021 lag die Anzahl der Räumungsklagen bei 72 (105 Personen). Davon wurden sechs noch vor Erreichen des Räumungstermins aufgehoben. In 57 Fällen konnte eine Räumungsklage durch umfangreiche Hilfsmaßnahmen verhindert werden. Neun Räumungen wurden durchgeführt, aber keine der betroffenen Personen ist obdachlos geworden und hat Unterstützung durch den Fachdienst in Anspruch genommen.

Die betroffenen Menschen haben sich selbständig eine Wohnung gesucht und sind möglicherweise auch aus Marburg weggezogen.

7. **Bei wie viel von Gerichtsvollziehern durchgeführten Wohnungsräumungen war das Ordnungsamt mit eigenem Personal dabei?**

   In einem Fall.

8. **Welche städtischen Ämter befassen sich mit Menschen, die obdachlos oder wohnungslos oder davon bedroht sind?**

   Vorrangig befasst sich der Fachdienst Wohnungswesen mit den Menschen, die wohnungs- oder obdachlos oder hiervon bedroht sind. Je nach Bedarf, befasst sich aber der gesamte Fachbereich Soziales und Wohnen mit diesen Menschen.

   Die derzeitige Umstrukturierung der Unterbringung von obdachlosen Menschen liegt im Aufgabenbereich der Sozialplanung im Fachbereich Soziales und Wohnen.

9. **Welche konkreten Hilfen bieten städtische Ämter den von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen an?**

   Beratung und Unterstützung, um eine Lösung zu finden. Ziele sind das Verhindern von Wohnungslosigkeit bzw. im Falle einer Unterbringung die Rückkehr in ein reguläres Mietverhältnis. Hierfür gibt es das Angebot Probewohnen und pädagogische Hilfestellung.

10. **Welches sind die zentralen Bedarfe dieser Menschen, abgesehen von ihrer Wohnungs-bzw. Obdachlosigkeit?**

    Der Bedarf von Obdachlosigkeit bedrohter Menschen ist Geld, um ihre Miete zu bezahlen. Obdachlose Personen wünschen sich vorrangig ein Obdach.

11. **Wie viele Mittel stellt die Stadt dafür zur Verfügung, wie viel der LWV?**

Jährlich stellt die Stadt ca. 110.000 Euro für die Übernahme der Kosten der Obdachlosenunterkünfte bereit. Teilweise werden die Kosten vom Landkreis erstattet.

12. Welche Freien Träger bieten Hilfsangebote, auch zugehende, für wohnungslose und obdachlose Menschen und welche?

Das Diakonische Werk betreibt in der Gisselberger Straße die Tagesaufenthaltsstätte (TAS) und die Fachberatung Wohnen. An diesem Standort sind auch die von der Stadt angebotenen Schlafplätze im Übernachtungsheim verortet.

13. Wie ist die Netzwerk AG Wohnraumsicherung (Wohnungsbaugesellschaften, Beratungsstellen der Diakonie und Gemeinwesenprojekte) in die Verhinderung und Beendigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit eingebunden?

Die Diakonie ist in die Betreuung und Verhinderung von Obdachlosigkeit eingebunden. Als funktionierende Kooperationsstruktur arbeitet die AG Wohnungslosenhilfe kontinuierlich an der Weiterentwicklung der Angebotsstrukturen.

14. Gibt es Überlegungen bzw. bereits praktizierte Formen einer „unbürokratischen“ Hilfe für wohnungslose und obdachlose Menschen, die unmittelbar an die individuell geäußerten Bedarfe anknüpfen?

Das Diakonische Werk bietet Übernachtungen in Containern für diejenigen an, die niederschwellig und unbürokratisch einen Schlafplatz nutzen möchten.

15. Haben Wohnungslose und Obdachlose die Möglichkeit, psychosoziale und psychotherapeutische Unterstützung unbürokratisch in Anspruch zu nehmen?

In der TAS in der Gisselberger Straße können diese Hilfen unbürokratisch in Anspruch genommen werden.

16. Gibt es eine verlässliche und kontinuierliche Kooperation zwischen den in der Stadt und bei freien Trägern tätigen Personen, die wohnungslose und obdachlose Menschen betreuen, begleiten, ihnen Übergangs- und Dauerwohnungen vermitteln …?

Ja. In der AG Wohnungslosenhilfe sind alle Partner*innen miteinander vernetzt und im regelmäßigen Austausch: https://www.marburg.de/wohnen

Mitwirkende in der AG „Wohnungslosenhilfe“:

- Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V.
- BI Sozialpsychiatrie e.V.
- Caritasverband Marburg e.V.
- Diakonisches Werk Marburg Biedenkopf
- Eingliederungshilfe Marburg e.V.
- Frauen helfen Frauen e.V.
- GeWoBau – Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH
- Soziale Hilfe Marburg e.V.
- Stadtverwaltung der Universitätsstadt Marburg

- Unternehmensgruppe Nassauische Heimstädte | Wohnstadt

17. **Gibt es eine Zusammenarbeit der Stadt Marburg mit den psychiatrischen Kliniken, die verhindert, dass Menschen mit einer schweren psychischen Problematik obdachlos werden?**

    Die Kliniken melden sich im Einzelfall im Rahmen eines Übergangsmanagements vor der Entlassung der betreffenden Person.

18. **Welche Unterstützung erfahren Selbsthilfeinitiativen von Wohnungs- und Obdachlosen durch die Stadt Marburg?**

    Der Stadt sind keine Selbsthilfeinitiativen von Wohnungs- und Obdachlosen bekannt.

19. **Warum ist nach wie vor die Stadt Träger der Notübernachtung im Haus Gisselbergerstrasse, (in dem sich auch die Tagesanlaufstelle und Fachberatung Wohnen in der Trägerschaft der Diakonie befindet), obwohl bekannt ist, dass sie von vielen nicht genutzt wird wegen der bürokratischen und kontrollierenden Antragsstruktur (täglich neue Beantragung, max. 3 Nächte, Nutzung begrenzt auf die Zeit zwischen 20 Uhr abends bis 8 Uhr morgens)?**

    Es gibt Überlegungen, die Angebotsstruktur am Standort „Gisselberger Straße“ zu verändern. Im Kontext der Umstrukturierung der Angebote ist nach derzeitigem Arbeitsstand geplant, die zukünftige Trägerschaft für das bestehende Angebot „Notübernachtung“ und die neuen, angedachten Angebote „Clearing- und Interimwohnen“ auszuschreiben.

20. **Warum erfolgt die Auszahlung von Tagesgeldern nicht in der vertrauensvolleren Atmosphäre von Respekt und Augenhöhe bei den freien Trägern im Kontext von Beratung und Hilfe, von Bedarfsermittlung und Bedarfsklärung? Warum erfolgt dies –im Unterschied zu anderen hessischen Städten- immer noch durch das Sozialamt der Stadt Marburg?**

    Wir haben im Jahr 2021 im Kontext des Prozesses „Arbeitsgruppe des Runden Tisches Wohnungslosenhilfe“ mit dem Diakonischen Werk Marburg-Biedenkopf hierzu informell ein Gespräch geführt. Die Verwaltungsaufgabe der Gewährung von Tagessätzen ist theoretisch auch durch einen freien Träger ausführbar. Bei dem Gespräch sind wir so verblieben, dass wir nach „Guten Beispielen“ für die Handhabung in der Region recherchiert haben.
    Uns ist nicht bekannt, dass die Marburger Struktur von der hessenweiten Struktur wesentlich abweicht. Im vorgenannten Kontext hat uns das Diakonische Werk rückgemeldet, dass
    - Im Vogelsbergkreis dem dortigen Diakonischen Werk eine anteilige Verwaltungsstelle finanziert wird,
    - In der kreisfreien Stadt Kassel in der Vergangenheit Auszahlungen von Tagessätzen mit einem Pauschalbetrag für Verwaltungskosten pro Auszahlung refinanziert wurden.

    Die Einschätzung, bei freien Trägern bestünde eine vertrauensvollere Atmosphäre von Respekt und Augenhöhe als im Sozialamt der Stadt Marburg, wirkt befremdlich.

Wir weisen darauf hin, dass es sich bei der Gewährung von Tagessätzen um einen Sozialleistungsanspruch handelt, der an gesetzlich geregelte Voraussetzungen gebunden ist und die ausführende Verwaltung wiederum an die Einhaltung der gesetzlich geregelten Normen. Die Trägerschaft für die Gewährung von Sozialleistungen ist gleichermaßen gesetzlich geregelt und ein freier Träger kann nicht zum Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung gezwungen werden.

21. **Die Notwendigkeit eines Ersatzes für das Haus Gisselbergerstrasse ist unbestritten, u.a. weil die Räumlichkeit für den Tagesaufenthalt zu klein (für 20 konzipiert, jetzt unter den Bedingungen der Pandemie von ca. 70 genutzt) und nicht barrierefrei sind. Wann wird der Ersatz, der seit 2009 projektiert ist, bereit stehen?**

    Der Termin steht noch nicht fest. Der Prozess ist komplex. Deswegen veröffentlicht der Magistrat der Universitätsstadt Marburg den laufenden Fortgang auf der Homepage: www.marburg.de/wohnen.
    Die Protokolle der Arbeitsgruppe des Runden Tisches „Wohnungslosenhilfe“ stehen online zur Verfügung, um den Prozess transparent und nachvollziehbar zu gestalten.

22. **Ist für die Umsetzung dieser Maßnahmen erforderliche und geplante Zwischenlösung auf dem Gelände der Landesfeuerwehr in Cappel immer noch vorgesehen und ab wann soll diese genutzt werden?**

    Für die Umsetzung der Pläne wird ein Interim benötigt. Details werden in Abstimmung mit den Fachdiensten Hochbau und Gebäudewirtschaft geklärt.
    Eine konkrete Aussage zur Zeitplanung kann aktuell nicht abgegeben werden.

23. **Was hält die Stadt von dem Containerprojekt der Diakonie, bei dem die Bewohner selbstverantwortlich ihr Leben gestalten, zur Ruhe kommen können und ihnen die Zeit für die Entwicklung eigener Lebensperspektiven gegeben wird?**

    Das Containerprojekt der Diakonie ist ein gutes Angebot, welches das Angebotsspektrum in Marburg sinnvoll ergänzt.

24. **Sieht die Stadt auch im Zusammenhang mit dem Konzept zur Umsetzung von VinziDörfern die Möglichkeiten, den Bewohnern erkenn- und nutzbare Freiräume für die Selbstorganisation ihres „neuen“ Lebens zur Verfügung zu stellen?**

    Ja. In dem geplanten VinziDorf werden Strukturen entwickelt, die eine Selbstorganisation ermöglichen und unterstützen.

25. **Welche „freien“ Wohnungskonzepte gibt es für obdachlose Frauen?**

    Zur Unterbringung obdachloser Frauen und Familien wird von der GeWoBau ein Haus in Ockershausen gekauft und an die Stadt vermietet.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Anlage/n
Keine